

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. (zuzüglich Postgebühren). Einzelnummern 10 Pf. 50. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** werden nach Möglichkeit abgegeben. Im Falle höherer Betriebsstörungen behält sich der Verlag das Recht vor, den Druck zu unterbrechen. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige. Die 1-spaltige Raumzeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Wohnungsanzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. **Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6** (für die Möglichkeit der Fernrufübermittlung). Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Vertrag durch Klage eingezogen werden muß, aber der Auftragsgeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 113 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amisblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 16. Mai 1933

Unser Recht!

Die große außenpolitische Regierungserklärung, die Reichkanzler Adolf Hitler am Mittwoch im Namen des deutschen Volkes vor aller Welt abgegeben wird, ist genau wie die neue Krise der sogenannten „Abrüstungskonferenz“ lediglich durch die offene Böswilligkeit der Militärmächte, vor allem Frankreichs und Englands, herausgefordert. Die Reichsregierung hat wiederholt bei bedeutenden Anlässen ihren unverbrüchlichen Friedenswillen in feierlicher Form ausgesprochen. Sinn und Zweck dieser Erklärungen sind aber von den Versailler Diktatoren bisher ebenso absichtlich übersehen, ja teilweise gar ins Gegenteil umgelogen worden, wie die ungeheuren Rüstungen unserer Genfer Gegner von diesen einfach übersehen oder ihr unbestreitbarer Angriffskrieg in einen Verteidigungscharakter umgebogen wird.

Deutschland ist gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes nicht nur, sondern sogar Mitglied des Rates. Wenigstens steht das in den Genfer Akten und ist bei allen möglichen Schiedsanlässen von französischen und englischen Staatsmännern behauptet worden. Sie sprachen damit bewußt und mit voller Absicht die Unwahrheit aus; sie logen und lügen mit der Konsequenz, die sie während des Krieges in der feindlichen Neg- und Gruelpropaganda, nach dem Kriege in den unzähligen Umfälschungen der wenigen deutschen Rechte aus dem Versailler Diktat zum System erhoben und wie sie sich auch kürzlich bei der neuesten Neg- und Gruelpropaganda gegen Deutschland wieder bewährte.

Wäre Deutschland gleichberechtigt, so müßte es u. a. eine mit allen modernen Kampfmitteln ausgerüstete Armee und Flotte und ebenso ausgerüstete Reserven in Stärke von mehreren Millionen Mann haben. Es müßte ferner seine Grenzen mit den stärksten Festungssystemen geschützt und seine Küsten durch Kriegshäfen und eine starke Flotte gesichert haben. Nichts von alledem ist da. Deutschlands Meeresgrenze ist bestenfalls eine Volksgrenze. Seine Grenzen liegen völlig offen und ungeschützt; ja große Grenzgebiete müßten sogar auf Befehl der „Siezermächte“ durch Zerstörung der deutschen Befestigungsanlagen und Verbot der Stationierung von Truppen noch besonders wehrlos und für einen jederzeit möglichen feindlichen Einfall sozusagen eigens hergerichtet werden. Ferner liegen Hunderte von großen, mittleren und kleineren Städten und Dörfern in deutschen Grenzgebieten im direkten Feuerbereich der schweren Artillerie der Ansezmächte, so besonders an der französischen, der tschechischen und der polnischen Grenze. Diese Orte, die vielfach lebenswichtige Industrieanlagen enthalten, können in wenigen Stunden durch direkten Beschuß in Trümmerhaufen verwandelt werden. Ganz Deutschland aber ist außerdem jederzeit schußlos den rund 10 000 Bomben- und Giftgasflugzeugen der Militärmächte preisgegeben.

Es ist ein tolles Stück von Heuchelei, was sich da in Genf seit vierzehn Jahren, besonders aber seit 1928 abspielt, wo die sogenannte „Vorbereitende Abrüstungskonferenz“ ihre Arbeit begann. Diese offensichtliche Abrüstungspropaganda, dieser dauernde Bruch des Versailler Vertrages und der Völkerbundsabmachungen wurden dann zum maßgebenden Ausdruck der Genfer Politik, als schließlich die Abrüstungskonferenz selbst die Verewigung der Ungleichheit, der „Gleichberechtigung“ nach französisch-englischer Manier, in aller Form zu organisieren begann. Deutschland, das 65-Millionen-Volk, ist heute wehrlos gegenüber dem kleinsten europäischen Militärmacht, ist wehrpolitisch ohnmächtig sogar dem kleinen Schweizer Jürging mit seinen zwei Millionen Einwohnern gegenüber.

Nun ist es genug. Wiederholte Erklärungen von autoritativer deutscher Seite haben festgestellt, daß Deutschlands Gebuld erschöpft und die Zeit der Diktate vorbei ist. Deutschland hat auf Grund eindeutiger Rechtsansprüche zu fordern: 1. Die Abrüstung der Militärmächte auf den gleichen „Rüstungsstand“ wie den deutschen; 2. die gleiche Sicherheit wie die aller anderen Mächte; 3. die tatsächliche Gleichberechtigung. Diese Rechtsansprüche sind klar begründet in dem einleitenden Satz zum Teil V des Versailler Diktates, der die Abrüstung der anderen Nationen als logische Folge der Abrüstung Deutschlands kennzeichnet; ferner durch den Artikel 8 der Völkerbundsabmachung, der die allgemeine Abrüstung als Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens hinstellt; ferner in dem ergänzenden Brief Clemenceaus vom 16. Juni 1919, der ausdrücklich auf die Verankerung der Abrüstung im Friedensvertrag verweist; ferner in dem Schlußprotokoll des Locarno-Vertrages, das wieder ausdrücklich auf die Abrüstungsverpflichtung des Artikels 8 der Völkerbundsabmachung Bezug nimmt und überdies nicht nur von Abrüstung, sondern zweimal kurz hintereinander geradezu das Wort „Entwaffnung“ (désarmement) gebraucht; und schließlich in der „Fünft-Mächte-Erklärung vom 11. Dezember 1932, in der die Gewährleistung der Gleichberechtigung als Grundsatz hinstellt wird.

Die Arbeitsbeschaffungs-Anleihe.

Amnestie für Kapitalverschlebung und Steuerhinterziehung vom Reichswirtschaftskommissar vorgeschlagen.

Reichswirtschaftskommissar Dr. Wagner hat, wie die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz meldet, an den Reichsjustizminister ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Hinweis auf die dringende Notwendigkeit der energischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit folgenden Vorschlag macht:

Ich schlage vor, daß für alle Fälle der Steuerhinterziehung und der Kapitalverschlebung, bei denen nicht auch noch andere strafbare Handlungen mitsprechen, unter der Bedingung eine Amnestie verkündet wird, daß die Missetäter einen Teil ihres flüssigen Vermögens und insbesondere das ins Ausland verschobene Kapital für eine großzügige nationale Arbeitsbeschaffungsanleihe zur Verfügung stellen.

Die Arbeitsbeschaffungsanleihe, die selbstverständlich nur mit einem niedrigen Zinssatz zu verzinsen ist, soll den Grundstock für den großen Akt der Arbeitsbeschaffung und der Wiedereingliederung der Armisen unseres Volkes, auf denen der Fiskus der Fehler der vergangenen Regierung lastet, in den Wirtschaftsvorgang bilden.

Wer also das Kapital, das er durch Verletzung der Vorschriften des von uns geführten Systems gerettet hat, zur Verfügung stellt, um damit an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau unserer Nation zu arbeiten, soll nicht mehr verfolgt werden.

Wer aber diese letzte Gelegenheit, den Gemeinnut vor den Eigennut zu stellen, vorübergehen läßt, soll in Zukunft als Landes- und Volksverräter von der ganzen Schwere des Gesetzes getroffen werden.

Ich bin überzeugt, daß mein Vorschlag den Gedanken des Führers entspricht und hoffe, daß er auch Ihre Billigung und Unterstützung erfährt.

Die Begründung des Vorschlags.

In dem Schreiben Dr. Wagners heißt es zur Begründung des Vorschlags einer Arbeitsbeschaffungsanleihe mit Amnestie u. a.:

In den letzten Wochen ist eine Sucht ausgebrochen, führende Männer der Wirtschaft von ihren Arbeitsstellen wegzuholen und dem Staatsanwalt zu überliefern, weil gegen sie der Verdacht vorliegt, in den Jahren der marxistischen Herrschaft in Deutschland sich der Steuerhinterziehung oder der Kapitalverschlebung schuldig gemacht zu haben. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß in vielen Fällen nicht der Ruf nach Gerechtigkeit der Antrieb ist.

Männer großer wirtschaftlicher Verantwortung

Mit einer unendlichen Geduld ist Deutschland bisher allen einzelnen Wäfen des Genfer Spieles gefolgt. Jetzt wollen die Militärmächte Deutschland sogar noch um die in dem englischen „Abrüstungs“-Plan vorgesehenen wenigen und geringen Rechte betrügen, ja sie sogar gegen Deutschland anzuwenden, und gleichzeitig will eine seit der Kriegszeit in solcher Schässigkeit nicht mehr erlebte Hege-Deutschland die Schuld an dem Scheitern der Konferenz zuschieben. Ganz unverhüllt droht man Deutschland mit der Politik von Versailles — Deutschland soll ein zweitrangiges, ein höriges Volk bleiben.

Die von Reichkanzler Adolf Hitler nunmehr abzugebende Regierungserklärung wird in würdiger, aber auch entschlossener Form Deutschlands unverfälschbares Recht einerseits und die Unrechtpolitik der Mächte andererseits gegenüberstellen.

P. A. R.

Frankreich am Pranger.

„Mit verbrecherischer Leichtfertigkeit werden jetzt hier taktische Manöver durchgeführt. Drohungen sind völlig unangebracht. Reichkanzler Hitler hat überzeugende Beweise für seine Richtigkeit und Versöhnlichkeit nach innen wie nach außen gegeben.“

Ein führendes italienisches Blatt, die Turiner „Stampa“, wendet sich mit diesen scharfen, aber zutreffenden Sätzen gegen den Heßfeldzug, der zur Zeit in Genf und nicht weniger in Paris und London sowie in den französischen Bündnisstaaten gegen die deutschen Rechtsforderungen in der Abrüstungsfrage geführt wird. Und es ist außerordentlich bezeichnend, daß die Genfer Berichtserfasser der maßgeblichen italienischen Zeitungen

einzig und allein Frankreich als den Schuldigen an der neuen Genfer Krise bezeichnen.

In diesem Sinne betont denn nun auch der „Lebere“, nicht einen Druck auf Deutschland, sondern einen Druck auf Frankreich verlanget das Weltbewußtsein; denn

vor Gericht zu ziehen, sondern persönliche Gefühle einzelner, bei denen zum Teil kleinliche Momente die Triebfedern des Handelns sind.

Selbst für die Finanzierung einer großzügigen Arbeitsbeschaffung ist es ein Hindernis, wenn gerade diejenigen Vertrauen und Zueversicht verlieren, die nun einmal zu den Hauptkreditträgern gehören. Selbst wenn wir davon überzeugt sind, daß die Auswirkungen der von uns geplanten großen wirtschaftlichen Maßnahmen zum unbedingten Ziel führen, rechtfertigt diese Überzeugung es nicht, auf die

Ruhbarmachung auch der letzten Kräfte

persönlicher und finanzieller Art zu verzichten. Wir sind es vielmehr dem gesamten deutschen Volk und dem deutschen Arbeiter schuldig, alles bis auf den letzten Mann und bis auf den letzten Groschen zur Mitarbeit heranzuziehen.

Jahrgang 1915 wird die ersten Arbeitsdienstpflichtigen stellen.

Die Einziehung erfolgt am 1. Januar 1934.

Es steht nunmehr fest, daß am 1. Januar 1934 die Einziehung der ersten Arbeitsdienstpflichtigen erfolgen wird. Es wird der Jahrgang 1915 aufgerufen werden, als diejenigen jungen Männer, die im Jahre 1934 das 19. Lebensjahr vollenden. Zunächst soll die Hälfte dieses Jahrganges zur Arbeitsdienstpflichtigkeit herangezogen werden. Die näheren Ausführungsbestimmungen sind in Vorbereitung.

Der deutsche Schritt in Wien erfolgt.

Vollstuf stellt Gegenforderungen.

In einer amtlichen Wiener Verlautbarung wird mitgeteilt, daß der deutsche Gesandte in Wien, Dr. Rieth, wegen der Vorfälle, die sich bei der Ankunft der deutschen Minister und ihrer Begleiter auf dem Flugfelde in Aspern ereignet haben, Protest erhoben hat. Der Bundeskanzler erwiderte nach der Verlautbarung, daß er zu diesem Schritt Stellung nehmen werde, wenn die Angelegenheit der Rundfunkrede des Reichsjustizkommissars Minister Dr. Franz seinem wiederholt gestellten Ersuchen gemäß geklärt sei. Jedenfalls bleibe es in seinem Bestreben, alles dazu beizutragen, um das Freundschaftsverhältnis zur Reichsregierung zu fördern.

Frankreich sei es, daß die Beziehungen der Nationen durch seine Aufrüstung und sein Streben nach Vorherrschaft vergifte. Auch in England zeige man vielfach eine geradezu erschreckende Verständnislosigkeit gegenüber den geschichtlich bedeutsamen Vorgängen, wie sie Europa jetzt durchlebe.

Man kann die Darstellungen der italienischen Blätter nur voll bestätigen. In einem Augenblick, in dem Deutschland um der Erhaltung und Sicherung des Friedens willen die ernstesten Anstrengungen macht, muß man etwa in dem berüchtigten französischen Scharfmacherblatt „Echo de Paris“ derart unverantwortliche Äußerungen wie von einer „Wiederbesetzung der Bräutertöpfe am Rhein“, von der Rückgängigmachung des Lausanner Abkommens und damit der Fortsetzung der Tributzahlungen lesen. Auch gewisse Sensationslüsterne englische Blätter schwärzen von einer „drohenden Kriegsgefahr“ und der „Daily Telegraph“ bringt es fertig, zu behaupten, daß deutsche Heer entspreche weder hinsichtlich seiner Organisation noch hinsichtlich seiner Ausrüstung dem Vertrag von Versailles.

Es will allem gegenüber wenig bedeuten, daß der zur Zeit in Paris weilende amerikanische Sonderbotschafter Norman Davis in einer sehr ernstlichen Besprechung mit dem französischen Kriegsminister Paul Doumer auf die

dringende Notwendigkeit umfangreicher Abrüstungsmaßnahmen

hinwies. Nachdem Frankreich inzwischen nicht nur die Nachzahlung seiner Schuldenrate vom Dezember erneut abgelehnt, sondern auch einen Aufschub der am 15. Juni fälligen Rate von Amerika verlangt hat, ist nicht einzusehen, durch welches Druckmittel Frankreich endlich einmal zur Vernunft gebracht werden könnte. Es bleibt nun abzuwarten, welche Wirkung die große außenpolitische Rede des Reichskanzlers vor dem Reichstagsplenum auf die von Frankreich und England mit allen Mitteln aufgepeitschte Weltmeinung haben wird.